

BSH Hausgeräte GmbH

*- Geschäftsführung -
z.Hd. Herr Dr. Matthias Metz*

Carl-Wery-Straße 34
81739 München

Büro Andreas Stoch MdL
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Telefon (0711) 2063 - 7048
E-Mail andreas.stoch@spd.landtag-bw.de

Bundestagsbüro Martin Gerster MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 74711
E-Mail martin.gerster@bundestag.de

Bundestagsbüro Parsa Marvi MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 72855
E-Mail parsa.marvi@bundestag.de

Büro Markus Rupp
Rössener Grund 8
75053 Gondelsheim
Telefon (07252) 9444 10
E-Mail markus.rupp@kreistag-karlsruhe.de

Berlin, 15. Oktober 2025

Geplante Standortschließung der BSH Hausgeräte GmbH in Bretten

Sehr geehrter Herr Dr. Metz,

völlig unerwartet und mit großer Bestürzung haben wir die Ankündigung der BSH Hausgeräte GmbH zur Kenntnis genommen, wonach Produktion und Logistik am Standort Bretten bis zum Ende des ersten Quartals 2028 vollständig eingestellt werden sollen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen mit einem zu erwartenden Abbau von 980 Arbeitsplätzen bringt viele Familien in eine existenzbedrohende Situation und stellt darüber hinaus sowohl für die Stadt Bretten als auch für die gesamte Region eine enorme Belastung dar.

Mit Blick auf die enorme Tragweite dieser Entscheidung ist es völlig unverständlich, dass die Geschäftsleitung der BSH Haushaltsgeräte GmbH im Vorfeld ihrer Ankündigung offenbar zu keinem Zeitpunkt das Gespräch mit der



Arbeitnehmer:innenvertretung gesucht hat, um Probleme am Standort zu thematisieren und mögliche Lösungsstrategien zu suchen. Die Tatsache, dass sowohl der Betriebsrat des Unternehmens als auch die IG Metall Bruchsal zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Entscheidung keine Kenntnis von der geplanten Standortschließung hatten, ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel. Dadurch ist der Eindruck entstanden, dass die Entscheidung über eine Fortführung der Produktion am Standort Bretten gänzlich unabhängig von den Gegebenheiten vor Ort und damit auch von potenziellen Lösungswegen getroffen wurde.

Darüber hinaus sorgt die Art, wie die Belegschaft mit der Verkündung überrumpelt wurde, für einen massiven Vertrauensverlust und maximale Frustration. Denn mit dem Verzicht auf den Dialog im Vorfeld der Entscheidung hat die Unternehmensleitung ihren Mitarbeiter:innen faktisch keine Gelegenheit eingeräumt, an einer tragfähigen Lösung zum Erhalt des traditionsreichen Neff-Standortes in Bretten mitzuwirken. Das ist aus unserer Sicht unverständlich und mit einer verantwortungsbewussten Unternehmensführung nicht vereinbar.

Daher möchten wir mit allem Nachdruck empfehlen, dass Sie schnellstmöglich in einen Dialog mit der Arbeitnehmer:innenvertretung eintreten und die genauen Gründe für die Entscheidung zur Standortschließung darlegen. Dabei sollte das Augenmerk insbesondere darauf liegen, unter welchen Voraussetzungen ein wirtschaftlicher Betrieb des Standortes sichergestellt werden könnte und inwieweit sich die Rahmenbedingungen und Produktionsprozesse dahingehend verändern müssten. Unabhängig vom Ausgang eines solchen Gesprächs halten wir es für ein Gebot des gegenseitigen Respekts und auch für eine Frage des Anstands, überhaupt einen Dialog zu führen – dies umso mehr, als es um eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen für unzählige Familien und eine ganze Region geht.

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, Gesprächen beizuwohnen und gegebenenfalls auch eine vermittelnde Funktion zu übernehmen, sofern dies von beiden Seiten gewünscht wäre.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Stoch MdL



Martin Gerster MdB



Parsa Marvi MdB



Markus Rupp BM